

# Bund will neues Förderprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung auflegen

**ENERGIE:** Die kommunalen Energieversorger sind auf der Suche. Die Bürger wollen eine möglichst grüne und dennoch kostengünstige Energie. Die Wege, erneuerbare Energien in die Häuser zu bringen, sind abhängig von örtlichen Gegebenheiten, aber auch von dem Engagement einzelner Stadtwerke.

VDI nachrichten, Berlin, 1. 4. 11, swe

Die erneuerbaren Energien sind da, doch wie kommen sie zu den Endkunden? – Dies ist noch immer die Frage, die vor allem die kommunalen Energieversorger beschäftigt. Die Referentenrunde der Euroforum-Veranstaltung „Dezentrale Energieversorgung“ diskutierte vergangene Woche in Berlin über den richtigen Weg.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte darüber, dass der derzeitige Kraftwerkspark nicht geeignet ist, die fluktuierende Energie aus Sonne und Wind zu steuern. Zu schwerfällig reagieren die Großkraftwerke.

Hilfreich sind virtuelle Kraftwerke zur Steuerung der Einspeisung erneuerbarer Energien, wie Hanno Balzer, Leiter der Energy Solutions bei Vattenfall, erläutert. Der Konzern testet seit sechs Monaten in Berlin ein virtuelles Kraftwerk. „Es funktioniert“, sagt Balzer, auch kleine Blockheizkraftwerke (BHKW) ließen sich sehr gut „aus der Ferne“ steuern. Fehlt der Wind, speisen die dezentralen BHKW des virtuellen Kraftwerks die benötigte Energie ins Stromnetz. Bei viel Wind entnehmen die dezentralen Wärmepumpen die überschüssige Energie aus dem Stromnetz.

Die Hansestadt Lübeck testet sich derzeit durch verschiedene Modelle. Ralf Gierke, zuständig für den Bereich Umwelt und Energie, ärgert sich über das Energiekonzept der Bundesregierung:

„So richtig knackige Maßnahmen für Stadtwerke sind da nicht drin.“ BHKW und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) würden benachteiligt. Fernwärme werde eher verhindert und Offshore-Projekte konzentrierten sich auf die Nordsee.

In Lübeck gibt es wenig Industrie. Marzipan und Marmelade kommen hierher, der große Rest ist in erster Linie Tourismus. Ein energiefressender Bereich mit seinen zahlreichen Wellnessanlagen. Mittlerweile besteht ein bunter Mix aus Mini-, Mikro- und Groß-BHKW, Solaranlagen, Wind- und Wasserkraft, Biogas und Geothermie. Parallel gibt es ein Effizienzprogramm.

**Kommunal kann ein bunter Mix aus erneuerbaren Energien genau das Richtige sein**

Doch auch in der Hansestadt, die zum Weltkulturerbe zählt, diskutieren die Bürger heftig mit. Bei der Bioenergie fürchten sie eine Monokultur, bei Fernwärme reichen ihnen die Einsparungen nicht. Gierke schätzt, dass die Windanlagen Zukunft hätten, doch zu den derzeit ausgewiesenen Flächen besteht kein Netz.

Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer der 8KU, einer Kooperation von acht Stadtwerken, ist davon überzeugt, dass Biomassekraftwerke die ideale Er-

gänzung seien, um die fluktuierende Erzeugung von Sonne und Wind auszugleichen. „Am besten in KWK-Anlagen.“ Doch dazu gehöre, dass eine andere Agrarpolitik gemacht werde. Denn niemand baue eine solche Anlage, wenn die Rohstofflieferung nicht über Jahre abgesichert sei.

Ein anderes Modell wird gerade in Oldenburg getestet: eine neue Brennstoffzellenheizung. Für Ulli Arndt von der Energieversorgung-Weser-Ems (EWE) ist es „eine sehr effiziente KWK-Technik“, die sich bis 2015 auf dem Markt durchsetzen könnte. Für rund 10 000 € sei dann eine solche Heizung möglicherweise auf dem Markt.

Doch gerade bei den kommunal geliebten KWK-Anlagen mangelte es nach Ansicht der Teilnehmer an politischer Unterstützung. Franzjosef Schafhausen, zuständig für die Unterabteilung „Umwelt und Energie“ des Bundesumweltministeriums, versicherte, KWK liege dem Ministerium „sehr am Herzen“. Im Energiekonzept sei sie nur nicht erwähnt, weil es „kein Streitpunkt“ der Koalition war. In Kürze werde sein Ministerium ein neues – 5 Mrd. € teures – KfW-Kreditprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung verkünden.

Zur aktuellen Situation erklärte Schafhausen, man habe gerade den „Umsetzungsturbo“ eingeschaltet, um auf die neue Situation reagieren zu können, falls die Kernkraft ausfalle. Das Ministerium geht allerdings nicht davon aus, dass die Fördermilliarden aus der Brennelementesteuer entfallen oder zumindest geringer ausfallen könnten – denn an der von Schafhausen noch einmal vorgetragenen Mittelverteilung im Haushaltsplan hat sich bislang nichts verändert.

BIRGIT BÖHRET